

JA

die neue
Kirchenzeitung

36/2010

5. September 2010

• 1,-

Ein Wunder

Zu Ostern berichteten Medien anlässlich des fünften Todestages von Johannes Paul II., dass eine ihm zugeschriebene Heilung einer französischen Nonne nicht von Dauer gewesen sei. Somit könnte der polnische Papst im Oktober noch nicht seliggesprochen werden. Die „Subito Santo“-Rufe seiner Verehrer können daher noch nicht erhört werden, da für Selig- und Heiligsprechungen in der katholischen Kirche bekanntlich Wunder als himmlische Bestätigungen vonnöten sind.

Etwas reibungsloser ging es offenbar bei Mutter Teresa, deren 100. Geburtstag in diesen Tagen weltweit gefeiert wird. Sechs Jahre nach ihrem Tod wurde sie 2003 seliggesprochen.

Zwar sind 3000 Nachrichten über Gebetserhörungen schon gesammelt worden, ein zweites für eine Heiligsprechung notwendige Wunder war bislang jedoch nicht darunter. Zu ihrem runden Geburtstag konnte sie daher nicht zur globalen „Ehre der Altäre“ zugelassen werden. Unabhängig davon wird Mutter Teresa jedoch weltweit jetzt schon als Heilige verehrt, nicht nur von Christen. So hat etwa der Dalai Lama seinen Mönchen und Nonnen geraten, sich Mutter Teresa zum Vorbild zu nehmen.

Offen gesagt: Mutter Teresa braucht gar keine Wunder, für unzählbare Arme, Kranke und Sterbende war sie selbst eines. Ein Licht von oben. Eine Bestätigung, dass Gott die Menschen nicht verlassen hat.

P. Udo

Ground Zero: Interesse gilt einer neuen Moschee, nicht dem Wiederaufbau einer zerstörten Kirche

US-Christen sind empört: Selbst Präsident Barack Obama hat sich für den Bau einer Moschee in der Nähe des Gedächtnisortes für die 3.000 Opfer des islamistischen Anschlags vom 11. September 2001 in New York ausgesprochen. Die damals durch den Einsturz eines Towers zerstörte griechisch-orthodoxe Kirche St. Nicolas ist jedoch immer noch nicht aufgebaut.

„Grund Zero“ sei „heiliger Boden“, schreibt die deutsche Zeitung „Welt“ und fragt, ob in unmittelbarer Nähe des „Ground Zero“ wirklich ein islamisches Kulturzentrum entstehen müsse, hinter dem ein Imam stehe, der sich weigert, zur radikalislamischen Hamas auf Distanz zu gehen. Kopf des Projekts ist Imam Abdul Faisal Rauf aus Kuwait.

Die griechisch-orthodoxe Erzdiözese von Amerika hat Mitte August die Behörden von New York aufgefordert, ihre Kirche St. Nicolas endlich wieder aufbauen zu lassen.

Bereits 2008 hatte die Stadt New York der orthodoxen Ge-

meinde 20 Millionen Dollar Unterstützung versprochen, doch wurde das Geld wegen Streitigkeiten um den genauen Standort der neuen Nikolauskirche bis heute nicht ausbezahlt.

Unter den griechisch-orthodoxen Christen verstärkte sich in den vergangenen Wochen der Eindruck, dass die US-Regierung dem islamischen Bauprojekt weitaus positiver gegenüber stehe als dem der christlichen Gemeinde.

Der ehemalige New Yorker Gouverneur George Pataki wirft der für den Ground Zero zuständigen Behörde vor, den im Umgang mit den Muslimen

so gern gepriesenen Dialog mit der griechisch-orthodoxen Kirche gar nicht erst zu suchen.

Für den Kongressabgeordneten George Demos, der gleichfalls den Wiederaufbau von St. Nicolas unterstützt, ist der Finanzier des islamischen Projekts kein Geheimnis: Saudi-Arabien, ein Land, in dem man weder ein Kreuzifix noch einen Davidstern tragen dürfe.

Der Wiederaufbau der orthodoxen Kirche wird nicht vom Ausland subventioniert. Er soll aus Mitteln der Gemeinde und mit Unterstützung der Stadt New York von statten gehen.



Die griechisch-orthodoxe Kirche St. Nicolas vor ihrer Zerstörung durch Islamisten im Jahr 2001.

SPD-Ministerin ließ sich taufen

Die 36-jährige deutsche sozialdemokratische Politikerin Manuela Schwesig hat sich am 31. Juli gemeinsam mit ihrem Gatten und ihrem Sohn im Dom von Schwerin taufen lassen und gehört nun der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburg an.

Manuela Schwesig ist seit 2008 Sozialministerin von Mecklenburg-Vorpommern und seit 2009 stellvertretende SPD-Bundvorsitzende.



Rechts: Manuela Schwesig.

Mariazell bei Polen immer beliebter

Der Krakauer Erzbischof und langjährige Sekretär von Papst Johannes Paul II., Kardinal Stanislaw Dziwisz, feiert am 8. September in Mariazell gemeinsam mit Bischof Egon Kapellari und Bischof Kazimierz Gorny einen Festgottesdienst.

In der Liste ausländischer Wallfahrergruppen, die Jahr für Jahr nach Mariazell pilgern, belegt Polen bereits Platz zwei -

hinter Ungarn und vor Deutschland, der Slowakei und Tschechien.

Die Festmesse zum Patroziniumsfest beginnt um 10 Uhr. Ars Musica lässt Mozarts Krönungsmesse erklingen. Am Vorabend wird nach feierlichen Vesper und Lichterprozession (20 Uhr) den Gläubigen mit der unbeleideten Gnadenstatue der Einzelsegen erteilt.

Klöster machen Kirche heller

Das steirische Zisterzienserkloster Rein hat einen neuen Abt.

Der bisherige Prior des Stiftes Heiligenkreuz, Christian Feurstein (58), wurde am 21. August nachmittags vom Generalabt des Zisterziensers Ordens, Maurus Daniel Esteva Alsina, zum 57. Abt des ältesten bestehenden Zisterzienserklosters der Welt geweiht. Der 1958 in Vorarlberg geborene Feurstein folgt Abt Petrus Steigenberger nach, der im Vorjahr verstarb. „Jedes Kloster ist dazu da, ein Licht zu sein, das die Kirche und die Welt etwas heller, etwas heiliger macht“, betonte Bischof Kapellari in seiner Predigt. Vom Stift Rein sei in seiner bisher fast 900-jährigen Geschichte „viel Licht ausgegangen“, in geistlicher, aber auch kultureller Hinsicht habe es wertvolle Impulse gesetzt und verbinde auch heute noch „kostbare Tradition mit Gegenwart und Zukunft“.

Kapellari erinnerte daran, dass bei der Gründung von Stift Rein im Jahr 1129 der heilige Bern-



Abt Christian Feurstein.

hard von Clairvaux noch lebte und bei seinem Tod im Jahr 1153 bereits 343 zisterziensische Klöster bestanden. „Wie ein springendes Feuer hat sich dieser Orden in Europa ausgebreitet, und gewaltig war sein Beitrag zum Leben von Kirche und Gesellschaft in Spiritualität, Theologie, Kunst und Wissenschaft vieler Gattungen“, so der Grazer Bischof.

Italien: Wilderer erschoss einen Pfarrer

Im Drama um einen erschossenen Priester in Süditalien gibt es einen Tatverdächtigen.

Der mutmaßliche Schütze habe sich der Polizei gestellt, weil er „mit dieser Last auf dem Gewissen“ nicht leben könne, meldete der italienische Online-Dienst „libero-news.it“ am 23. August. Den Angaben zufolge handelt es sich um einen Wilderer. Das Opfer, ein 55-jähriger Priester, war in der Nacht auf Sonntag, 22. August, durch einen Gewehrschuss ums Leben gekommen. Der Geistliche hatte auf der apulischen Hochebene der Murgia eine Wanderwoche mit 20 Jugendlichen geleitet und im Freien übernachtet. Offenbar

wurde er bei Dunkelheit im Schlafsack mit einem Stück Jagdwild verwechselt. Die verwendete Munition führte die Ermittler zu der Annahme, dass der Täter es möglicherweise auf ein Wildschwein abgesehen hatte. Laut der katholischen Zeitung „Avvenire“ hörten Teilnehmer nachts den Schuss und Autogetöse, nahmen von dem Vorgang aber nicht weiter Notiz. Am nächsten Morgen fanden sie den Geistlichen verblutet im Schlafsack. Der Priester war als Pfarrer einer katholischen Gemeinde in der norditalienischen Diözese Belluno tätig. Der Bischof von Belluno, Giuseppe Andrich, reagierte bestürzt auf den Vorfall.

Graz bekommt Mutter-Teresa-Statue

Die Bronzeplastik des Wiener Künstlers Ulrich Mertel soll - so der Wunsch des „Fördervereins Mutter Teresa“ in Kooperation mit der Pfarre Graz-St.Andrä - zunächst interimistisch und dann dauerhaft auf einem bisher noch namenlosen Platz im Bezirk Gries aufgestellt werden, der in Zukunft in Würdigung der vor 100 Jahren geborenen Ordensfrau „Platz der Menschenwürde“ heißen soll, so Pfarrer Hermann Glettler laut einer Aussendung der Diözese Graz-Seckau. Der Bezirksrat habe der Benennung des Platzes einstimmig zugestimmt, so Glettler, und auch von der Stadt Graz gebe es positive Signale. Eine Entscheidung werde im Herbst fallen.

Katholische Aktion: „Islam hat Recht auf sichtbare Zeichen des Glaubens“

Das Recht auf religiöse Symbole im öffentlichen Raum muss für alle anerkannten Religionsgemeinschaften gelten - und somit auch für den Islam.

Das hat die Katholische Aktion Österreich (KAÖ) in einer Stellungnahme zur laufenden „Moschee-Debatte“ unterstrichen. Eine Präsenz von Religion im öffentlichen Raum sei gerade in einer immer mehr säkularisierten Welt „nicht nur zuzulassen, sondern absolut zu befürworten“, erklärte KAÖ-Präsidentin Luitgard Derschmidt. Zeichen des Glaubens seien ein Hinweis darauf, „dass es mehr gibt als nur das vordergründig Sichtbare - nämlich einen tieferen Sinn im Leben“, so Derschmidt.

An alle Beteiligten an der laufenden Auseinandersetzung um Moscheen und Minarette appellierte die KAÖ, auf Sachlichkeit statt auf „Angstmacherei und Polemik“ zu setzen. Die Muslime in Österreich und aller Welt begingen gerade den Fasten-

monat Ramadan. In dieser Zeit, da viele Muslime ihren Glauben intensiv leben und dafür im All-



KAÖ-Präsidentin Luitgard Derschmidt.

Foto: Rupprecht@kathbild.at.

tag mitunter verschiedenste Schwierigkeiten auf sich nähmen, gebühre ihnen Respekt und Anerkennung und nicht, dass auf ihre Kosten „billiges politisches Kleingeld“ gemacht werde, betonte Derschmidt.

In Kürze

Kolumbien. In der Hauptstadt Bogota ist ein katholischer Priester unter ungeklärten Umständen auf einer Polizeiwache erschossen worden. Herminio Calero Alumia habe bei einem Handgemenge zwischen aufgetragenen Taxifahrern und Polizisten schlichten wollen.

Malaysia. Die Oppositionspartei PAS will das islamische Recht, die Scharia, durchsetzen, da die säkulare Gesetzgebung versagt habe. 60 Prozent der Malaysier sind Muslime.

Schweiz. Nach heftigen Protesten auch aus den Reihen der Kirchen wird die Volksinitiative zur Wiedereinführung der Todesstrafe bei Mord mit sexuellem Hintergrund zurückgezogen. Das teilten die sieben Initiatoren mit.

Niederlande. Bei der von der Niederländischen Bischofskonferenz eingesetzten Kommission zur Untersuchung von Fällen sexuellen Missbrauchs haben sich seit Mai etwa 900 Personen gemeldet. Sie sollen noch im Herbst zu vertraulichen Gesprächen eingeladen werden.

Indien. Anlässlich des 100. Geburtstages von Mutter Teresa findet in Kalkutta ein internationales Filmfestival mit Werken über das Leben der „Mutter der Armen“ statt. Die indische Bahn hat einen Zug mit ihrem Namen in Betrieb genommen.

In Haiti sind immer noch 700.000 Menschen obdachlos. Beim schweren Erdbeben am 12. Jänner sind 250.000 Menschen ums Leben gekommen.

Österreich

Vorarlberg. Die Staatsanwaltschaft Feldkirch hat ihr Ermittlungsverfahren gegen Bischof Elmar Fischer eingestellt, da „die dem Ermittlungsverfahren zugrundeliegende Tat nicht mit gerichtlicher Strafe bedroht ist.“ Vier Männer hatten Fischer beschuldigt, sie als Jugendliche vor 40 Jahren geschlagen zu haben.

Kärnten. Eine neue Broschüre der Diözese Gurk-Klagenfurt bietet erstmals einen detaillierten Überblick über kirchliche Einrichtungen zur Begleitung und Unterstützung von Ehepaaren an.

Tschechien: Kirchen und Staat beraten Finanzfragen

Der neue Erzbischof von Prag und tschechische Primas, Dominik Duka, hat vergangene Woche im Erzbischöflichen Palais auf dem Prager Hradschin drei Minister der kürzlich angelobten neuen Regierung empfangen.

Zunächst erschienen Finanzminister Miroslav Kalousek und Kulturminister Jiri Besser, zwei Tage danach Arbeits- und Sozialminister Jaromir Drabek. In beiden Gesprächen ging es um Fragen der finanziellen Absicherung der Kirche in Krisenzeiten, wobei Erzbischof Duka auch im Auftrag des Ökumenischen Rates der Kirchen in der Tschechischen Republik auftrat.

Im ersten Gespräch mit Finanzminister und Kulturminister stimmten beide Seiten überein, dass es „notwendig sei, sowohl die Forderungen nach Finanzierung der Kirchen als auch die gegenwärtige ökonomische Situation des Landes zu respektieren“, so das Pressezentrum der Tschechischen Bischofskonferenz in seiner Meldung. Ein schwieriger Punkt sind die vom Staat bezahlten Gehälter der Geistlichen.

Im Rahmen der Zusammenkunft sei „ein Weg aufgezeigt worden, der beiderseits die derzeitige Situation im Bereich der Gehaltspolitik berücksichtigt, da es bereits seit einer Reihe von Jahren zu keiner Evaluierung gekommen ist und bei der Aufrechterhaltung

des Grundgehalts das bewegliche Element des Gehalts (Rangwürdigung und Entgelt für erhöhte Leistung) auf ein Minimum gedrückt worden“ sei.



Erzbischof Dominik Duka.

Zu diesem Problemkreis gehörten auch die ungelösten Fragen etwa der Dienstreisen und Übersiedlungsausgaben. Schon zuvor hatte Erzbischof Duka darauf hingewiesen, dass das Durchschnittsgehalt eines Geistlichen mit rund 16.600 Kronen tief (ca. 700 Euro) unter dem gesamtstaatlichen Durchschnittsgehalt liege.

Indischer Erzbischof führte christliches Sit-in gegen Gewalt an

Mit einem Sit-in nahe dem indischen Parlament haben rund 200 christliche Opfer von Gewalt ihre einwöchigen Proteste beendet.

Angeführt wurden die Demonstranten aus dem Distrikt Kandhamal in New Delhi von Erzbischof Raphael Cheenath von Cuttack-Bhubaneswar. Auch Ordensfrauen, Priester, Witwen von Opfern und Aktivistinnen zahlreicher Parteien nahmen an dem Protest teil. Sie riefen Parolen wie „Wir wollen Gerechtigkeit“, „Nieder mit den faschistischen Kräften“ oder „Kandhamal - Nie wieder“. Im August 2008 waren in Kandhamal im Bundesstaat Orissa Tausende Christen einer Welle der Gewalt ausgesetzt, darunter vie-

le Katholiken. Auslöser war die Ermordung eines nationalistischen Hindu-Führers durch maoistische Rebellen. Die Reaktion aufgebrachter Hindus richtete sich jedoch gegen die Christen. Zeugen zählten mehr als 90 Tote, 300 zerstörte Kirchen und bis zu 5.400 zerstörte Häuser. Ein selbst ernanntes „Nationales Volkstribunal“ hatte am 24. August den Regierungsbehörden in Orissa Fehlverhalten während der Übergriffe vorgeworfen. Die Regierung habe das Ausmaß der Gewalt unterschätzt und zu wenig getan, um den Übergriffen Einhalt zu gebieten, erklärten die Richter in New Delhi. Sie gaben den Behörden eine Mitschuld an der Zahl der Opfer. Viele der rund 54.000 Flüchtlinge hätten noch

Kirche protestiert weiter gegen Mega-Kraftwerk im Amazonas-Gebiet

Mit heftiger Kritik reagiert die Kirche in Österreich auf die Bewilligung des Mega-Wasserkraftwerkes Belo Monte im Amazonasgebiet.

„Wir lehnen das Projekt ‘Belo Monte’ grundsätzlich ab“, so Bischof Ludwig Schwarz, der Vorsitzende der Koordinierungsstelle der Bischofskonferenz für Entwicklung und Mission (KOO). „Wir werden das Projekt weiterhin genau beobachten und die betroffenen Menschen bei ihren legitimen Anliegen in Brasilien unterstützen“, so Bischof Schwarz in einer Stellungnahme am 27. August gegenüber „Kathpress“.

Trotz massiver Proteste von Umweltschützern, Menschenrechtsaktivisten und Kirchenvertretern hatte Brasiliens Präsident Luiz Inacio Lula da Silva grünes Licht für das im Amazonas-Gebiet geplante drittgrößte Wasserkraftwerk der Welt gegeben. Er unterzeichnete am 26. August (Ortszeit) einen Konzessionsvertrag mit dem Konsortium Norte Energia SA, das für 35 Jahre die Nutzungsrechte an dem Kraftwerk Belo Monte am Xingu-Fluss im Bundesstaat Pa hat.

An der Spitze des Widerstandes am Mega-Staudammprojekt steht seit Jahren der aus Österreich stammende



Bischof Erwin Kräutler.

Bischof Dom Erwin Kräutler. Als Bischof der Diözese Xingu und als Präsident des Indianer-Missionsrates (CIMI) Brasiliens hat er immer davor gewarnt, dass das Projekt zu einem „sozialen und ökologischen Chaos“ führen werde. Mit Enttäuschung und Protest reagierte CIMI unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Entscheidung. Dieser Akt der Regierung sei ein „skandalöser Affront gegen internationale Menschenrechtskonventionen, die brasilianische Gesetzgebung und die Verfassung des Landes“, heißt es in einem von zahlreichen Initiativen unterstützten Manifest. Bei einem Gespräch von Bischof Kräutler mit Präsident Lula hatte der Präsident versichert, Belo Monte „nicht auf Biegen und Brechen durchzusetzen“. Dieses Versprechen wurde nicht gehalten, bedauerte CIMI.

Durch die Errichtung des Staudamms würden etwa 500 Quadratkilometer Urwald überschwemmt, darunter Teile eines Indio-Reservates. Deshalb kämpfen Ureinwohner und Umweltschutzgruppen bereits seit den 1970er Jahren gegen das Projekt. Mindestens 17.000 Menschen müssen dafür umgesiedelt werden. Zudem bezweifeln die Kritiker den wirtschaftlichen Nutzen der Anlage. Laut Plänen der Regierung soll das angeschlossene Kraftwerk ab 2015 bis zu 11.200 Megawatt Strom liefern. Damit wäre es Brasiliens zweitgrößtes Wasserkraftwerk und das drittgrößte weltweit.



Erzbischof Raphael Cheenath.

lange danach unter der Gewalt gelitten und litten teilweise bis heute.

Brasilien: Präsidentschaftskandidatin schreibt „Brief an das Volk Gottes“

Rund sechs Wochen vor den Präsidentschaftswahlen in Brasilien streckt Dilma Rousseff ihre Hand in Richtung der religiösen Wähler aus.

Die in den Umfragen deutlich führende Kandidatin der regierenden Arbeiterpartei PT (Partido dos Trabalhadores) erklärte nun in einem offenen „Brief an das Volk Gottes“, dass sie für Familienwerte stehe und deshalb nicht von sich aus eine Legalisierung der „Homo-Ehe“ und eine Liberalisierung der Abtreibung vorantreiben werde. Damit gibt die 62-Jährige Forderungen sowohl der katholischen Kirche sowie der evangelikalen Pfingstkirchen nach, die von ihr eine klare Aussage hierzu gefordert hatten, berichtete die deutsche katholische Nachrichtenagentur KNA. Rousseff, Tochter eines bulgarischen Einwanderers, hatte sich in den späten 1960er Jahren trotz zisterischen Oppositionsbewegungen angeschlossen. Von den damals regierenden Militärs wurde sie inhaftiert und gefoltert. Nach der Rückkehr zur Demokratie machte sie Karriere in der Politik, wobei sie stets liberale Positionen vertrat. Das hatte der Kandidatin zuletzt harsche Kritik der katholischen Kirche und der Pfingstkirchen



Präsidentschaftskandidatin Dilma Rousseff.

eingetragen. Im vergangenen Monat kamen Aufrufe aus dem Umfeld der Brasilianischen Bischofskonferenz, Rousseff wegen ihrer liberalen Haltung die Stimme zu verweigern. In der vergangenen Woche traf sich die Präsidentschaftskandidatin mit Vertretern der Bischofskonferenz in der Hauptstadt Brasilia. Inhalte des Gesprächs wurden nicht bekannt. Es scheint jedoch, dass sich das Verhältnis deutlich entspannt hat. Dazu passt, dass die zwar katholisch erzogene, aber stets als unreligiös geltende Rousseff in ihrem Brief nun für sie ganz un-

gewohnt religiöse Töne anschlägt. Darin bezeichnet sie die Sozialprogramme der Regierung als Versuch, Bürgerwerte zu schützen und „das Evangelium zu säen“.

Die in seinen fast acht Amtsjahren massiv ausgeweiteten Sozialprogramme haben dem scheidenden Präsidenten Luiz Inacio („Lula“) da Silva nie dagewesene Beliebtheitswerte beschert.

Rousseff, die als Kanzleramtchefin federführend für die Umsetzung der Programme

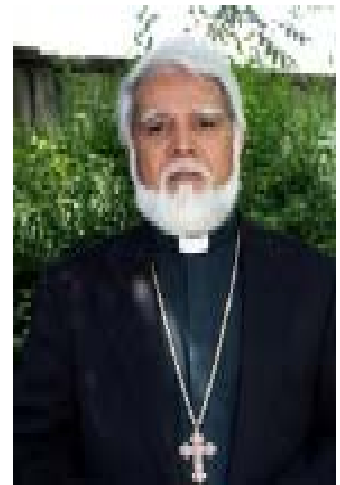
zeichnete, profitiert bei den Wählern nun in großem Maße von der Popularität ihres Ziehvaters Lula.

Die ob dieser Beliebtheit in die Enge getriebene Opposition witterte ihre Chance darin, Rousseff mit früheren liberalen Aussagen zu „Homo-Ehe“ und Abtreibung Stimmen bei den religiösen Wählern streitig zu machen. Gut 20 Prozent der Wähler kommen inzwischen aus dem Lager der Pfingstkirchen, und mindestens genauso viele gelten als streng katholisch.

Bischof warnt vor „falschen“ Hilfsorganisationen in Pakistan

Der Präsident der pakistanischen Caritas, Bischof Joseph Coutts, hat vor unseriösen Hilfsorganisationen in Pakistan gewarnt.

Spender sollten darauf achten, ihr Geld nicht „falschen“ humanitären Vereinigungen oder Organisationen mit Verbindungen zu islamistischen Gruppen anzuvertrauen, sagte Coutts dem Informationsdienst der päpstlichen Missionswerke „Fides“ (23. August) In seiner eigenen Bischofsstadt Faisalabad seien inzwischen mehr als 50 christliche Hilfswerke aktiv. Er rief dazu auf, die Caritas als offizielle Einrichtung der katholischen Kirche zu unterstützen. Inzwischen sei die Fluthilfe auf allen Ebenen angelaufen, sagte Coutts. Die pakistanische Kirche stehe in Kontakt mit dem internationalen Netzwerk der Caritas. Auf Ortsebene seien Schulen, Pfarren und andere kirchliche Einrichtungen in die Sammlung und Verteilung von Hilfsgütern eingebunden. Auch wenn Christen eine Minderheit seien, kämen die Maßnahmen



Bischof Joseph Coutts.

allen Notleidenden zugute, betonte der Bischof. „Wir leisten Assistenz und Hilfe ohne irgendeinen Unterschied für alle Flüchtlinge, und das sind zu 99 Prozent Muslime“, sagte Coutts. Nach wie vor sei eine internationale Mobilisierung nötig, um eine noch größere Hungersnot und die Ausbreitung von Seuchen zu verhindern.

Indisches „Volkstribunal“: Behörden in Orissa haben versagt

Ein selbst ernanntes „Nationales Volkstribunal“ hat den Regierungsbehörden im indischen Bundesstaat Orissa Fehlverhalten während der Übergriffe auf Christen vorgeworfen.

Die Regierung habe das Ausmaß der Gewalt unterschätzt und zu wenig getan, um den Übergriffen Einhalt zu gebieten, erklärten die Richter am 23. August in Neu Delhi. Sie gaben den Behörden eine Mitschuld an der Zahl der Opfer.

Im August 2008 waren zahlreiche Christen in Orissa einer Welle der Gewalt ausgesetzt, darunter viele Katholiken. Auslöser war die Ermordung eines nationalistischen Hindu-Führers durch maoistische Rebellen. Die Reaktion aufgebrachter Hindus richtete sich jedoch gegen die Christen. Das Volkstribunal hatte nach

offiziellen Angaben kein juristisches Mandat. Es handle sich um eine Art Wahrheitskommission, die bewusst machen solle, dass die Betroffenen im Distrikt Kandhamal bisher keine Gerechtigkeit erfahren hätten. Die Mitglieder des Tribunals, darunter hochrangige pensionierte Richter, hatten Opfer und Zeugen der 43 grausamsten Fälle angehört.

Sie beklagten weiter, dass die Behörden lediglich 42 Todesopfer registriert hätten. Zeugen zählten dagegen mehr als 90 Tote, 300 zerstörte Kirchen und bis zu 5.400 zerstörte Häuser. Viele der rund 54.000 Flüchtlinge hätten noch lange danach unter der Gewalt gelitten. Veranstalter des Tribunals war das Netzwerk „National Solidarity Forum“. Ihm gehören indische Menschenrechtsorganisationen, Akademiker, Künstler und Journalisten an.

Zahl der Abtreibungsgegner in Russland wächst

In Russland wächst einer Umfrage zufolge die Zahl der Abtreibungsgegner.

41 Prozent der befragten Erwachsenen wünschen sich eine Verschärfung des liberalen Abtreibungsgesetzes, zitierten russische Medien aus einer Erhebung des Meinungsforschungsinstituts Lewada. Dies sei ein Anstieg um sechs Prozent gegenüber 2007. Eine Mehrheit von 48 Prozent

lehne jedoch weiter ein Abtreibungsverbot ab; vor drei Jahren seien es noch 57 Prozent gewesen. Mit jährlich mehr als einer Million registrierten Schwangerschaftsabbrüchen hat Russland eine der höchsten Abtreibungsraten weltweit. Das Parlament berät derzeit über eine gesetzliche Maßnahmen zur Einschränkung. Besonders die orthodoxe Kirche fordert seit Jahren ein Abtreibungsverbot.

IRA-Priester von Behörden und Kirche gedeckt

Ein katholischer Priester aus Nordirland ist mutmaßlich für die Bombenattentate von Claudy 1972 verantwortlich.

Das geht aus einem am 24. August vorgelegten Untersuchungsbericht der britischen Polizei in Nordirland hervor. Dort heißt es weiter, Spitzenvertreter von Polizei, britischer Regierung und katholischer Kirche hätten den Tatverdächtigen gemeinsam gedeckt, um das damals herrschende Klima der Gewalt nicht durch die Verhaftung eines Geistlichen weiter aufzuheizen. Regierung und Kirche erklärten am 24. August ihr Bedauern über das damalige Vorgehen, das den Opfern nicht gerecht geworden sei. Im nordirischen Dorf Claudy waren am 31. Juli 1972 drei Autobomben explodiert. Dabei starben neun Menschen, Protestanten wie Katholiken, darunter drei Kinder. Die Tat, eine der blutigsten im Nordirland-Konflikt, wurde nie aufgeklärt. Die Terrororganisation IRA hatte damals jede Verantwortung für den Anschlag abgelehnt. Aus dem nun vorgelegten Bericht geht hervor, dass der Priester James Chesney den Ermittlern als Verdächtiger und als ein mutmaßlicher IRA-Operationschef bekannt gewesen sei. Allerdings sei die Sicherheitslage in dieser Zeit außer Kontrolle gewesen, und man habe vorgezogen, ihn aus der Schusslinie statt aus dem Verkehr zu ziehen.

Es habe im Dezember 1972 ein

Treffen zwischen dem damaligen Nordirland-Minister William Whitelaw und dem irischen Kardinal William Conway gegeben. Laut Polizeibericht habe Conway dabei erklärt, „er wisse, dass der betreffende Priester ein sehr böser Mann sei, und er werde sehen, was er tun könne“. Auch habe er die Möglichkeit einer Versetzung in die irische Grafschaft Donegal erwähnt. Ein Polizeioffizier habe später zu Protokoll gegeben, eine Versetzung ins 200 Kilometer weiter entfernte Tipperary wäre ihm lieber.

Chesney tritt laut Polizeibericht auf Anfrage seiner kirchlichen Vorgesetzten eine Beteiligung an dem Anschlag ab. Er wurde 1973 nach Donegal versetzt und starb dort 1980, ohne von der britischen Polizei befragt worden zu sein.

Kirche in Nordirland „immer gegen Gewalt“

Nordirland-Minister Owen Paterson äußerte am 24. August „tiefes Bedauern“ der britischen Regierung, dass der Fall niemals sorgfältig untersucht und den Opfern damit Gerechtigkeit vorenthalten worden sei. Der Erzbischof von Armagh, Kardinal Sean Brady, und Bischof Seamus Hegerty von Derry erkannten in einer gemeinsamen Stellungnahme die Untersuchungsergebnisse des Polizei-Ombudsmannes an. Während des Bürgerkriegs habe die katholische Kirche, gemeinsam mit den anderen christlichen Kirchen, das „Übel der Gewalt“ durchgängig ver-

urteilt. Es sei daher schockierend, dass ein katholischer Priester mit einer solch abscheulichen Tat in Verbindung stehen könne.

Die Bischöfe betonten weiter, Chesney hätte zu seinen Lebzeiten juristisch belangt werden müssen. Wenn es ausreichend Beweise gegeben habe, hätte man ihn verhaften und frühestmöglich verhören müssen, wie jeden anderen Straftäter auch. Dem habe die Kirchenleitung damals nicht entgegengestanden, unterstreichen Brady und Hegerty. Der Untersuchungsbericht habe keinerlei Hinweise auf irgendeine kriminelle Absicht seitens der Kirche festgestellt. Die Kirchenleitung habe polizeiliche Ermittlungen ausdrücklich nicht behindert, sondern den Behörden die Ergebnisse ihrer eigenen Befragung Chesneys weitergeleitet. Der



Father James Chesney.

Priester sei in den Jahren nach seiner Versetzung regelmäßig offiziell über die Grenze nach Nordirland gefahren, ohne verhört worden zu sein.

Leser schreiben

Wo ist der Heilige Geist spürbar?

Für Bischof Dr. Paul Iby gab es bei der Verabschiedung tosenden Applaus und stehende Ovationen. Bischof Dr. Paul Iby war überaus beliebt, weit über die Grenzen seiner Diözese Eisenstadt hinaus.

Das Volk Gottes verhält sich also völlig anders als die Bischofskongregation in Rom. Sie ließ die primitivsten Formen des Anstandes vermissen. Bischof Dr. Paul Iby musste den Namen seines Nachfolgers zuerst aus den Medien erfahren und sein Wunsch, das 50-jährige Diözesan Jubiläum noch als Diözesanbischof feiern zu können, wurde einfach ignoriert. Ist das der Dank?

Wo ist da der HEILIGE GEIST spürbar? Ganz deutlich beim Volk Gottes! Die Bischofskongregation sollte sich rasch bei Bischof Dr. Paul Iby und dem Diözesanvolk des Burgenlandes für ihr erschütterndes Verhalten, das mit Recht Zorn und Empörung hervorrief, entschuldigen!

GR, Pfr. Gerhard Hackl, Waldegg, gerhardhackl@aon.at

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber:
Medienclub ja,
3508 Paudorf, Hellerhof.

Redaktion:
P. Mag. Dr. Udo Fischer
(Chefredakteur)
Univ.-Doz. Dr. Franz Schmatz
Dr. Michael Mayr

Redaktionsadresse:
3508 Paudorf, Hellerhof;
Tel. 02736-7340;
E-Mail:
ja.kirchenzeitung@aon.at

Hersteller:
Pfeifer GmbH & Co KG
- Druck & Media,
2054 Haugsdorf,
Leopold-Leuthner-Str. 2.

JA - online:
www.ja-kirchenzeitung.at



JA - die neue Kirchenzeitung erscheint wöchentlich seit Jänner 1996 und bringt Informationen, Kommentare, spirituelle Impulse und konkrete Lebenshilfen, um zu einem erfüllteren Leben aus dem christlichen Glauben zu ermutigen.

JA - Ihr Begleiter auf Ihrem christlichen Lebensweg.

Einzelpreis: • 1,- (Österreich) - • 1,35 (Ausland)

Bestellschein

Bitte ankreuzen:

- Sendet mir 3 JA Probenummern gratis zur Ansicht
- Ich möchte für JA werben, sendet mir Gratis-JA
- Ich bestelle JA bis auf Widerruf für mich selbst
- Ich bestelle ein JA- Geschenkabonnement
- Die Rechnung schickt an mich

Vorname _____ Name _____

PLZ / Ort _____ Straße _____

Unterschrift _____ Datum _____

NUR FÜR GESCHENKS-ABONNEMENT Name und Adresse des von mir Beschenkten: _____

Ökumenischer Gottesdienst zu Ehren von Pfarrer Ernst Jakob Christoffel

Mit einem Geburtstags-Gottesdienst ehrt die Hilfsorganisation „Licht für die Welt“ (vormals „Christoffel-Blindenmission“) ihren Gründer.

Pfarrer Ernst Jakob Christoffel (1876-1955) steht im Mittelpunkt der ökumenischen Feier am 3. September um 16 Uhr in der Lutherischen Stadtkirche (Dorotheergasse 18) in Wien. Der lutherische Altbischof Herwig Sturm und der Wiener Weihbischof Helmut Krätzl werden teilnehmen.

Der deutsche evangelische Pastor wurde am 4. September 1876 im heutigen Mönchengladbach geboren. Er war Gründer und langjähriger Leiter der Christlichen Mission im Orient, die nach seinem Tod - am 23. April 1955 in Isfahan (Iran) - in Christoffel-Blindenmission (CMB) umbenannt

wurde. In Österreich wurde der Name der Organisation 2004 erneut geändert - in „Licht für die Welt - Christoffel-Entwicklungszusammenarbeit“.

Ernst Jakob Christoffel „war ein Mensch, der sein Leben in den Dienst von augenkranken, blinden und anders behinderten Menschen gestellt hat“, heißt es in einer Aussendung vom 27. August. Vor 102 Jahren habe er ein Heim für blinde und gehörlose Kinder im türkischen Malatia gegründet und damit den Grundstein für in mehreren europäischen Ländern präsen-tierte Hilfsorganisationen gelegt.

Die Pogrome gegenüber den Armeniern und die mit den Kriegswirren einhergehende drückende Armut erschwerten die humanitäre Arbeit des in



Pfarrer Ernst Jakob Christoffel.

Basel ordinierten Pastors in der Türkei.

Die Situation der Blinden erschütterte Christoffel in beson-

derem Maße: Tausende lebten als Straßenbettler oder Prostituierte, um nicht elend verhungern zu müssen. Dennoch schaffte er es, für blinde und behinderte Kinder einen Ort der Zuflucht und Bildung zu schaffen. Weitere Blindenheime gründete Christoffel in den persischen Städten Täbris und Isfahan, erinnert „Licht für die Welt“.

Kaum ein anderer „Pionier der Nächstenliebe“ habe so viele Rückschläge erfahren wie Christoffel. Viele seiner Hilfsprojekte fielen den beiden Weltkriegen zum Opfer. Im Alter von 75 Jahren starb er im Zuge eines Hilfsprojekts im heutigen Iran. Auf seinem Grabstein steht auf Deutsch, Armenisch und Persisch: „Hier ruht im Frieden Gottes Pastor Ernst Jakob Christoffel, der Vater der Blinden, Niemandskinder, Krüppel und Taubstummen.“

Türkisches Religionsamt will Paulus-Kirche in Tarsus freigeben

Der Chef des staatlichen Religionsamtes (Diyanet) in der Türkei spricht sich für eine Umwandlung der Paulus-Kirche in Tarsus von einem Museum in ein Gotteshaus aus.

„Ich finde es korrekter, wenn die St.Paulus-Kirche in Tarsus als Kirche dient und nicht in ihrer derzeitigen Rolle als Museum“, sagte Ali Bardakoglu laut türkischen Presseberichten vom 24. August. Wenn ein Ort für Christen heilig sei und sie dort religiöse Zeremonien abhalten wollten, „dann kann es keinen Grund geben, dies zu verbieten“.

Die katholische Kirche fordert seit langem die Umwandlung der Paulus-Kirche in ein Gotteshaus. Bisher war der Bau aber nur während des Paulus-Jahres 2008/2009 für Gottesdienste geöffnet. Für eine dauerhafte Zulassung als Kirche gibt es noch keine Genehmigung der Behörden. Bardakoglu betonte, er könne bei Reisen ins westliche Ausland seinen Gesprächspartnern nur schwer erklären, warum das Gotteshaus überhaupt ein Museum sei. Schon zu Beginn des Jahres hatte Bardakoglu einen ähnlichen Vorstoß unternommen.

Der als Reformier geltende Bardakoglu begrüßte auch die jüngste griechisch-orthodoxe Messfeier zu Maria Himmelfahrt im alten Kloster Sümela im Nordosten der Türkei. Die Gesellschaft in der überwie-

gend muslimischen Türkei sollte in solchen Gottesdiensten keinen Anlass für Besorgnis sehen, fügte er mit Blick auf nationalistische Proteste gegen die Messe in Sümela hinzu.

Das türkische Religionsamt ist die Aufsichtsbehörde für den Islam in der Türkei und hat die Aufgabe, eine staatsverträgliche Form der Religion zu garantieren. Dem Religionsamt unterstehen alle 80.000 Moscheen im Land.

Noch bis ins 20. Jahrhundert stellten die Christen in der heutigen Türkei etwa 30 Prozent der Bevölkerung. Bis heute sank ihre Zahl auf nur noch etwa 100.000 bis 150.000. Bei rund 72 Millionen Bürgern insgesamt, die zu über 99 Prozent Muslime sind, ist das ein Anteil von circa 0,2 Prozent. Ursachen für den Rückgang sind unter anderen der Genozid an den Armeniern während



Paulus-Kirche in Tarsus.

des Ersten Weltkriegs, der griechisch-türkische Bevölkerungsaustausch im Zuge des Vertrags

von Lausanne 1923 und eine für Christen über Jahrzehnte ungünstige Religionspolitik.

Vatikanische Museen öffnen freitags bis 23 Uhr

Nach der positiven Resonanz im Vorjahr bieten die Vatikanischen Museen auch in diesem Herbst späte Besichtigungen an.

Im September und Oktober bleiben die päpstlichen Sammlungen jeweils freitags von 19 bis 23 Uhr geöffnet. Eingeschlossen in den nächtlichen Rundgang sind unter anderen die Stanzten des Raffael und die Sixtinische Kapelle.

Die Vatikanischen Museen fol-

gen mit der Abendöffnung dem Vorbild anderer großer Häuser wie dem Pariser Louvre oder den Uffizien in Florenz. Das Projekt ist Teil der Bemühungen von Museumsdirektor Antonio Paolucci, die Sammlungen für das Publikum attraktiver zu machen und zugleich die Besucherströme besser zu verteilen. Im vergangenen Jahr zählten die Vatikanischen Museen mehr als vier Millionen Besucher.

Eintrittskarten für die Sonder-

besichtigung müssen vorab im Internet unter <http://biglietteria.musei.vatican.va> gebucht werden. Letzter Einlass ist um 21.30 Uhr. Ein Ticket kostet 15 Euro (ermäßigt 8 Euro) zuzüglich 4 Euro Reservierungsgebühr. Gruppenführungen in verschiedenen Sprachen werden für 31 Euro pro Person angeboten. Wer einen individuell begleiteten Rundgang wünscht, muss zum Eintrittsgeld zusätzlich 250 Euro auf den Tisch legen.